

Christoph Lehmann

Religionsunterricht im öffentlichen Disput

Der Fall Pro Reli in Berlin

♦ Als im Jahr 2006 im Bundesland Berlin Ethik für alle Schülerinnen und Schüler als verpflichtendes Unterrichtsfach eingeführt wurde, versuchte eine Bürgerinitiative mit einem Volksbegehren nicht nur die Wahlfreiheit zwischen dem Ethikunterricht und dem der Berliner Sondersituation geschuldeten Status des Religionsunterrichts als nicht ordentliches Lehrfach zu erwirken, sondern auch einen gesellschaftlichen Diskurs über den Mehrwert des konfessionellen Unterrichts in einem demokratischen Staat zu erreichen. Als einer der Initiatoren beschreibt unser Autor aus der Binnenperspektive sehr anschaulich die Gründe, die Vorgehensweise und das Ergebnis der Initiative einschließlich einiger Folgewirkungen. (Redaktion)

Der Religionsunterricht an öffentlichen Schulen ist häufig Gegenstand didaktischer oder religionspädagogischer Diskussionen, manchmal auch Thema juristischer Diskurse. Solche Diskussionen sind komplex, ausgewogen, häufig wissenschaftlich. Das hat seine Berechtigung und ist wichtig. Vor einigen Jahren – von 2007 bis 2009 – haben wir etwas Ungewöhnliches gewagt, nämlich den Religionsunterricht zum Gegenstand öffentlicher Debatten gemacht, und das in Berlin, einer Stadt, die manche gerne als die europäische Hauptstadt des Atheismus¹ bezeichnen. Immerhin gehörten 2007 nur knapp 20 % der Berliner der evangelischen, etwas weniger als 10 % der katholischen Kirche an, wozu noch rund 6 % Moslems und eine sehr überschaubare Zahl an Mitgliedern der jüdischen Gemeinde kamen. Man kann sich günstigere Voraussetzungen vorstellen.

1 Die Ausgangslage

Der Religionsunterricht hat in Deutschland eine eigenwillige rechtliche Sonderstellung: Artikel 7 Abs. 3 Satz 1 und 2 des Grundgesetzes lautet: „Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt.“

In dieser Bestimmung kommt ein umfassendes Bildungsverständnis zum Ausdruck: Einesteils soll die Schule die Schüler als Gesamtpersonlichkeit bilden und erziehen, weshalb die religiöse Erziehung nicht gänzlich in den außerschulischen Raum verschoben werden soll. Andernteils ist der Staat wegen seiner weltanschaulichen

¹ <https://hpd.de/artikel/berlin-atheistisches-zentrum-europas-13913> vom 23. Dezember 2016 [Abruf: 10.08.2020].

Neutralitätspflicht nicht selbst zur Erteilung des Religionsunterrichts geeignet.² Aufgelöst wird dieser Konflikt, indem der Religionsunterricht gemeinsame Aufgabe der Religionsgemeinschaften und des Staates ist, bei dem die Verantwortungsbereiche beider Institutionen eng miteinander verknüpft sind.³ Bemerkenswert ist dabei, dass die Regelung über den Religionsunterricht nicht etwa bei den Vorschriften des Grundgesetzes zur Organisation des Staates zu finden ist, sondern mitten im Grundrechtskatalog zwischen dem Recht auf Schutz der Familie und der Versammlungsfreiheit steht. Nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus und des Missbrauchs des Schulwesens zur Umerziehung junger Menschen war dem Grundgesetzgeber die Frage der Bildung und der religiösen Unterweisung offensichtlich besonders wichtig. Natürlich ist keiner zur Teilnahme am Religionsunterricht gezwungen: Schüler können sich regelmäßig vom Religionsunterricht abmelden, wobei diese dann zumeist einen verpflichtenden Ersatzunterricht erhalten, etwa in Nordrhein-Westfalen das Fach „praktische Philosophie“ oder „Philosophie“.

Allerdings gilt Art. 7 Abs. 3 GG nicht in ganz Deutschland: Art. 141 regelt, dass Art. 7 Abs. 3 GG keine Anwendung in einem Bundesland findet, in dem am 1. Januar 1949 eine andere landesrechtliche Regelung bestand. Diese Bestimmung wird gemeinhin „Bremer Klausel“ genannt, weil bei Inkrafttreten des Grundgesetzes die Bremer Landesverfassung von 1947 einen bekenntnisfreien Unterricht in Biblischer Geschichte auf allgemeiner christlicher Grundlage vorsah. Allerdings trafen die Voraussetzungen dieser Vorschrift auch für den Westteil Berlins zu: §§ 13 bis 15 des

Schulgesetzes für Groß-Berlin vom 26. Juni 1948 bestimmten, dass Religionsunterricht kein „ordentliches Lehrfach“ sei. Eine andere Regelung wäre angesichts des Vermächtestatus für ganz Berlin auch politisch kaum durchsetzbar gewesen. Damit galt aber am 1. Januar 1949 in Berlin eine andere landesrechtliche Regelung, so dass Art. 7 Abs. 3 GG in West-Berlin nicht anwendbar war. Mit der Wiedervereinigung Berlins erstreckte sich diese Ausnahme nach überwiegender Ansicht auf ganz Berlin.⁴ Damit muss Religion in Berlin verfassungsrechtlich kein ordentliches Lehrfach sein.

Dies führt zu einer merkwürdigen Situation des Religionsunterrichts in Berlin: § 13 des Berliner Schulgesetzes bestimmt: „Der Religions- und Weltanschauungsunterricht ist Sache der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften.“ Träger des Religionsunterrichts ist somit nicht das Land Berlin, sondern die Religionsgemeinschaften. Der Religionsunterricht wird gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 SchulG auch nicht von staatlichen Lehrkräften, sondern von Personen erteilt, welche die Befähigung zum Lehramt und eine Prüfung im Fach Religionslehre aufweisen können oder von Personen, die ein fachwissenschaftliches Studium an einer Hochschule oder eine vergleichbare Ausbildung abgeschlossen haben. Diese Lehrkräfte werden von den Religionsgemeinschaften beauftragt. Vertragliche Vereinbarungen zwischen den Kirchen und dem Land Berlin regeln die Zuschüsse des Landes zu den Personalkosten der Kirchen. Nur einen kleinen Teil der Ausgaben tragen die Religionsgemeinschaften selbst. Ferner ist die Schule für die organisatorische Einfügung des Religionsunterrichts in den Unterrichtsbetrieb zu-

² Vgl. *Helge Sodan*, in: Sodan, Grundgesetz, 42018, Art. 7 Rn. 7.

³ BVerfGE 70, 244, 251.

⁴ Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 23.02.2000, BVerwG 6 C 5/99.

ständig, indem sie für die Erteilung des Religionsunterrichtes wöchentlich zwei Unterrichtsstunden im Stundenplan der Klassen freizuhalten hat und die entsprechenden Unterrichtsräume unentgeltlich zur Verfügung stellt.

In der Praxis löst diese Regelung eine Reihe von Problemen aus, die den Religionsunterricht gegenüber anderen Fächern benachteiligen. Es gibt keine echten Schulnoten, Zeugnisse über die Teilnahme am Religionsunterricht werden getrennt erteilt. Die Religionsstunden werden oft aus organisatorischen Gründen an den Rand des Unterrichtstages gelegt, so dass die Schüler häufig nur die Alternative zwischen Religionsunterricht und Freizeit haben. Religionslehrer werden oftmals an mehreren Schulen eingesetzt und sind damit zumeist in keinem Kollegium voll integriert. Nur wenige Religionslehrer unterrichten auch in einem anderen Fach. Insgesamt ist daher der Religionsunterricht häufig dem Risiko ausgesetzt, den Charakter einer unverbindlichen Arbeitsgemeinschaft anzunehmen. Trotzdem nahmen und nehmen viele Kinder am Religions- und Weltanschauungsunterricht teil: Im Schuljahr 2018/2019 rund 77.000 am evangelischen Religionsunterricht, 24.000 am katholischen, 5.000 am islamischen und 65.000 am Lebenskundeunterricht des Humanistischen Verbandes, einem Weltanschauungsunterricht auf agnostisch-atheistischer Grundlage⁵. Daneben gibt es einige kleinere Anbieter, wie die jüdische Gemeinde zu Berlin.

In Berlin wurde nun im Jahr 2006 nach eingehender und kontroverser Diskussion innerhalb der regierenden Berli-

ner SPD ein für alle Schüler verpflichtendes Schulfach „Ethik“ in der Sekundarstufe II (7.–10. Klasse) eingeführt.⁶ Befeuert wurde dies durch einen „Ehrenmord“ an einer jungen Frau türkischer Abstammung durch ihren Bruder auf offener Straße, weil diese nach seiner Auffassung die Gesetze des Islam missachtet und die Ehre der Familie beschmutzt hatte.

Ethik wird nicht etwa alternativ zum Religionsunterricht angeboten, sondern ist für alle Schüler verpflichtend. Ursprünglich war das Fach rein auf Werteerziehung ausgerichtet. Anders als etwa im Bundesland Brandenburg spielten religionswissenschaftliche Aspekte keine wesentliche Rolle. Dies hat sich später geändert. Heute wird das Ziel in § 12 Abs. 5 des Berliner Schulgesetzes wie folgt definiert:

„Ziel des Ethikunterrichts ist es, die Bereitschaft und Fähigkeit der Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer kulturellen, ethnischen, religiösen und weltanschaulichen Herkunft zu fördern, sich gemeinsam mit grundlegenden kulturellen und ethischen Problemen des individuellen Lebens, des gesellschaftlichen Zusammenlebens sowie mit unterschiedlichen Wert- und Sinnangeboten konstruktiv auseinander zu setzen. [...] Das Fach Ethik orientiert sich an den allgemeinen ethischen Grundsätzen, wie sie im Grundgesetz, in der Verfassung von Berlin und im Bildungs- und Erziehungsauftrag der §§ 1 und 3 niedergelegt sind. Es wird weltanschaulich und religiös neutral unterrichtet.“

Die Einführung des Faches Ethik löste erhebliche Proteste unter anderem der Kirchen aus. Es bestand die Befürchtung, dass Religionsunterricht in der Sekundar-

⁵ <https://fowid.de/meldung/berlin-religions-und-weltanschauungsunterricht-201819> [Abruf: 10. 08.2020].

⁶ Vgl. hierzu *Otmar Jung*, Direkte Demokratie in Berlin, Der Fall „Pro Reli“ 2007–2009, Berlin 2011, 18 ff.

stufe I noch mehr an den Rand gedrückt würde. Insbesondere angesichts der Verkürzung der gymnasialen Schulzeit von 13 auf 12 Jahren und der damit verbundenen Verdichtung der Stundentafel war das eine sicherlich berechnete Befürchtung.

2 Die Kampagne

Im Rahmen der Abgeordnetenhauswahlen des Jahres 2006 wurden die Voraussetzungen für die Durchführung von Volksbegehren deutlich vereinfacht. Gleichzeitig wurden Umfragen veröffentlicht, wonach die Mehrheit der Berliner eine Wahlfreiheit zwischen der Teilnahme am Religions- und Ethikunterricht befürworten würde. So entstand die Initiative Pro Reli.

Wenn ich über diese Initiative schreibe, so spreche ich zugleich über ein Stück meiner eigenen Lebensgeschichte. Die Initiative war zu Beginn das Ergebnis eines Gesprächs am Frühstückstisch mit meiner Frau und unseren vier damals schulpflichtigen Kindern. Die Idee war einfach: Wir wollten die neuen Möglichkeiten der direkten Demokratie dazu nutzen, Wahlfreiheit zwischen Religions- und Ethikunterricht herbeizuführen. Mit anderen Worten: Wir wollten in Berlin eine ähnliche Rechtslage herstellen wie praktisch im ganzen Rest des Landes. Jeder Schüler sollte die freie Wahl haben, ob er am Ethik- oder einem Religionsunterricht teilnehmen will.

Teilweise ist darüber spekuliert worden, ob meine Familie und ich von den Kirchen nur vorgeschoben worden seien. Das Gegenteil war der Fall: Meine Frau und ich, wir kennen die Kirchen und ihre Trägheit. Daher beschlossen wir, selbst in Vorleistung

zu gehen: Wir gründeten mit Gleichgesinnten einen Verein, stellten einen jungen engagierten Mann für die Geschäftsführung ein und mieteten ein Büro an. Erst als wir diese Struktur geschaffen hatten, sind wir auf die Kirchen zugegangen. Noch heute erinnere ich mich mit Vergnügen an manche Begegnungen. Als ich etwa bei einem Empfang dem damaligen Diözesanratsvorsitzenden von unseren Plänen erzählte, wollte dieser mit mir in ein Gespräch darüber eintreten, ob das denn alles sinnvoll sei. Das war genau die Art von Diskussion, die wir nicht führen wollten. Ich erwiderte, dass das Volksbegehren stattfinden werde, die Kirchen könnten sich nur entscheiden, mitzumachen oder nicht. Ich bin heute noch sicher, dass die ganze Kampagne ohne unser Vorpreschen auf eigenes Risiko und auf eigene Kosten schnell zerredet worden wäre. Das Konzept ging auf: Sehr schnell stellten sich die Kirchen hinter die Initiative. Sehr bald gewannen wir auch zahlreiche andere institutionelle Unterstützer.⁷

Dabei haben wir nicht unbedingt auf Sieg setzen können. Als ich den ehemaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, anrief, um ihn als Unterstützer zu gewinnen, sagte er mir sogleich: „Sie wissen schon, dass Sie am Ende keinen Erfolg haben werden, aber ich finde die Initiative wichtig und unterstütze sie.“ In einer Stadt, in der die deutliche Mehrheit keiner Religionsgemeinschaft angehört, ist es schon reichlich gewagt, ein religionspolitisches Thema zur Volksabstimmung führen zu wollen. Natürlich hatten wir (in manchen Phasen mehr, in anderen weniger) die vage Hoffnung, uns vielleicht doch durchzusetzen. Aber es ging uns wenigstens darum zu zeigen, dass eine solche Maßnahme

⁷ Neben zahlreichen kirchlichen Institutionen wurde die Initiative auch von der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, dem Dachverband „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion“ e.V., der CDU Berlin und der FDP Berlin unterstützt.

zulasten der Religionsgemeinschaften ihren politischen Preis hat. Damit wollten wir gleichzeitig ein Signal an andere Landesregierungen senden: Wenn wir zeigen konnten, dass selbst in dem vermeintlich so atheistischen Berlin ein Angriff auf den Religionsunterricht breiten gesellschaftlichen Widerstand auslösen würde, würde das andere Bundesländer davon abhalten, dem Berliner Vorbild zu folgen. Schließlich wollten wir einen gesellschaftlichen Diskurs über das Verhältnis von Staat und Religion und letztlich auch die gesellschaftliche Bedeutung von Religion anstoßen.

Die Geschichte der Initiative ist in nackten Zahlen schnell erzählt. Ein Volksbegehren in Berlin ist dreistufig. In einem ersten Schritt müssen die Initiatoren 20.000 Unterschriften sammeln, um das eigentliche Volksbegehren zu initiieren. Dafür stehen sechs Monate zur Verfügung. Im zweiten Schritt braucht man für das Volksbegehren die Unterschriften von 7 % der wahlberechtigten Bevölkerung, das waren seinerzeit in Berlin knapp 171.000 Personen. Ist diese Hürde genommen, kommt es zur Volksabstimmung, bei der die Mehrheit der Abstimmenden zustimmen muss. Allerdings muss diese Mehrheit aus mindestens 25 % aller Wahlberechtigten bestehen.

Die erste Stufe – 20.000 Unterschriften zu sammeln ist schwerer, als man anfänglich denkt – haben wir im Wesentlichen mit „Bordmitteln“ bewältigt. Wir versuchten ein Netzwerk über die Kirchengemeinden aufzubauen. Mit Erfolg: Nach sechs Monaten hatten wir über 34.000 gültige Unterschriften gesammelt. In dieser Phase war die Kommunikation stark auf die Kernklientel zugeschnitten und betonte die Vorteile einer schulischen Religionserziehung.

Schwieriger wurde bereits die Sammlung der Unterschriften in der zweiten Stufe. Die Zahl, die dafür benötigt wurde,

überstieg das, was über die kirchennahen Kanäle zu organisieren gewesen wäre. Bevor wir die Kampagne für die zweite Stufe starteten, führten wir sogenannte Focus-group Meetings durch. Dabei lädt man nach demoskopischen Gesichtspunkten ausgewählte Personen ein, die gemeinsam mit einem Moderator eine gewisse Zeit diskutieren. Die Personen wissen nicht, wer sie einlädt und was das Ziel der Untersuchung ist. Wir führten drei solcher Treffen durch, jeweils 12 Personen diskutierten.

Das Ergebnis war ernüchternd. Uns wurde klar, dass wir allein mit dem Thema Religion und Bildung nichts würden erreichen können. Religion – und erst recht Religionsunterricht – ließ die Menschen gleichgültig. Wir waren eben doch in dem religiös eher unterentwickelten Berlin. Das einzige, was die Menschen zu interessieren schien, war das Thema Freiheit und Toleranz. Daher stellten wir die Kampagne völlig auf das Thema der freien Wahl ein. Das Motto wurde „Freie Wahl zwischen Ethik und Religion“. Ferner setzten wir auf prominente Unterstützer: Der Fernsehmoderator Günther Jauch, die Schauspielerin Marielle Ahrens, der Fußballer Arne Friedrich oder auch der damals noch nicht ganz so bekannte Eckart von Hirschhausen waren mit von der Partie. In dieser Phase engagierten sich die Kirchen sehr: Wir führten Sammlungen auf der Straße durch, vor Gottesdiensten wurde gesammelt, der damalige evangelische Berliner Bischof Wolfgang Huber sammelte selbst auf Weihnachtsmärkten sowie vor den von ihm gehaltenen Weihnachtsgottesdiensten. Die Unterstützung, die wir aus dem katholischen Deutschland erhielten, war schlicht überwältigend. CDU und FDP unterstützten das Volksbegehren, auch viele Einzelpersonlichkeiten aus der SPD; Andrea Nahles und Wolfgang Thierse seien stell-

vertretend erwähnt. Die große Herausforderung war allerdings, die Initiative nicht als eine solche der damaligen Oppositions-Parteien erscheinen zu lassen (was sie ja auch nicht war). Daher: Unterstützung einerseits, Distanz andererseits. Glücklicherweise haben die Parteien das verstanden.

Die Diskussion wurde kontroverser und polemischer, aber – und das war uns wichtig – wir hatten eine breite öffentliche Debatte. Das Ergebnis war schließlich beeindruckend: Wir zählten am Ende dieser Phase selbst 307.000 Unterstützerterschriften, nach der Prüfung wurden gut 265.000 anerkannt.

Dem eigentlichen Datum der Abstimmung gingen erneut heiße öffentliche Diskussionen voraus, beide Seiten, die Befürworter wie die Gegner der Initiative, plakatierten im öffentlichen Straßenraum. Unserer Forderung nach Wahlfreiheit wurde der Wahlzwang entgegengesetzt: Wenn ein Wahlpflichtfach eingeführt würde, müssten die Schüler zwischen Religion oder Ethik wählen und könnten nicht beide Fächer belegen. Der Berliner Senat veröffentlichte mit Steuermitteln bezahlte Anzeigen gegen unsere Initiative, jedenfalls bis das Oberverwaltungsgericht dies untersagte.⁸ Die Nerven lagen blank.

Am 26. April 2009 erfolgte die Volksabstimmung. Wir verfehlten nicht nur das Quorum von 25 % der Stimmberechtigten, es sprach sich auch eine knappe Mehrheit der Abstimmenden gegen unsere Initiative aus. Natürlich war dies eine große Enttäuschung. Ob es uns nicht gelungen war, unsere Klientel ausreichend zu mobilisieren oder die Stimmung doch gekippt war, werden wir wohl nie erfahren.

3 Einige Argumente

Der Platz hier reicht nicht aus, um die vollständige Diskussion oder auch nur die Argumentation der Initiative und ihrer Gegner halbwegs wiederzugeben. Dennoch möchte ich wenigstens einige wenige Grundüberlegungen darlegen.

– *Der Staat hat ein Interesse an religiöser Bildung:* Der Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht schaffen kann.⁹ Dieses berühmte Zitat des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Ernst-Wolfgang Böckenförde beschreibt das Grundinteresse von Gesellschaft auch an religiöser Bildung. Der Staat braucht die Werteorientierung seiner Bürger, ohne dass er diese Werte allgemeinverbindlich vorgeben darf. Daher muss er Pluralität auch in der Wertevermittlung garantieren, den Rahmen dafür schaffen, dass die Voraussetzungen seiner Existenz sich ohne seine direkte Einflussnahme entwickeln können. Zwar hat sich der Staat inhaltlich neutral zu verhalten, aber er hat ein Interesse daran, die Herausbildung von Werten, Lebensanschauungen und religiösen Inhalten generell zu fördern.

– *Religion ohne Bildung ist gefährlich:* Religion ist mehr als ein Gefühl. Eine rein subjektiv empfundene, von der Basis der Vernunft getrennte Religiosität lässt sich leicht in die Irre leiten. Der theologisch schlecht begründete Fanatismus eines „Islamischen Staats“ ist dafür ebenso ein Beispiel wie manche fundamental christliche Bewegung etwa in den USA. Wer die Vernunft als allgemeine Diskussions- und Reflexionsebene verlässt, kann über verschiedene Glaubensrichtungen hinweg keine Gemeinsamkeit mehr erzielen. Daher hat

⁸ OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 23.04.2009 – OVG 3 S 43.09.

⁹ Ernst-Wolfgang Böckenförde, Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: ders., Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte (stw 914), Frankfurt a.M. 2006, 112f.

die Gesellschaft ein Interesse daran, dass gerade dieser Zusammenhang oder jedenfalls die Widerspruchsfreiheit von Religion und Vernunft erkannt wird. Dies lässt sich ohne religiöse Bildung nicht erreichen.

– *Religionsunterricht ist ein Mittel der Integration:* Im Religionsunterricht werden die Schüler dort abgeholt, wo sie herkommen. Gerade in einer kulturell vielfältigen Gesellschaft ist es wichtig, dass junge Menschen sich auch in ihrer eigenen kulturellen Identität angenommen fühlen und lernen, sich mit ihren hergebrachten Glaubensvorstellungen in unsere Gesellschaft einzubringen. Hierfür sollen sie auch in ihrem religiösen Umfeld sprachfähig sein. Einfach ausgedrückt: Man kann einem islamischen Jungen im Ethikunterricht zeigen, dass der Mensch edel, hilfreich und gut ist, im Übrigen Männer und Frauen im Wesentlichen gleichberechtigt sind. Erklärt diesem Jungen jedoch sein Vater beim Abendbrot, dass dessen ungeachtet seine Schwester ein Kopftuch zu tragen habe, weil das schließlich so im Koran stehe, wird er nichts zu entgegnen haben. Lernt dasselbe Kind aber im islamischen Religionsunterricht etwas über den Ursprung des Kopftuchtragens und kann es unter Umständen seinem Vater beispielsweise erklären, dass das Tragen des Kopftuchs vorislamischen Ursprungs und keineswegs ein zwingendes Gebot des Korans ist, wird es mit seinem Vater eine ganz andere Diskussion führen können. Vater wie Sohn werden lernen können, ihre westliche Lebens-

wirklichkeit mit seiner/ihrer eigenen religiösen Tradition in Einklang bringen zu können. Wer mithin an wirklicher ethischer Bildung interessiert ist, darf religiöse Gegebenheiten nicht außer Acht lassen.

– *Religion ist ein menschliches Grundbedürfnis:* Der bedingungslose Glaube an die Erkenntnisfähigkeit der Naturwissenschaften dürfte spätestens seit Einstein der Vergangenheit angehören. Wir wissen, dass wir vielleicht Erkenntnisse widerlegen können, sie aber regelmäßig ohne Grundannahmen nicht positiv beweisen können. Wir sind daher, wenn wir überhaupt etwas wissen wollen, in gewisser Weise zum Glauben verurteilt. Mithin gehört Glauben jedenfalls für die nachdenklichen Menschen zu einer Grundbedingung ihrer menschlichen Existenz. Ohne Glauben ist Erkenntnis schlicht nicht möglich. Glauben gehört daher nicht nur zu den Grundbedürfnissen, sondern auch zu den Grundvoraussetzungen eigentlichen Menschseins. Es steht dem Staat gut an, dieses Bedürfnis als Teil der Persönlichkeitsentfaltung zu fördern, auch mit einem Angebot für Religionsunterricht.

– *Gesellschaft braucht Persönlichkeitsbildung:* Eine Gesellschaft lebt nicht nur von der Summe des in ihr angesammelten Wissens, sondern auch durch die aus ihr hervorgegangenen Persönlichkeiten. Zur Persönlichkeitsbildung gehört jedoch wesentlich das Ringen mit der eigenen Existenz generell und mit der Gottesfrage im Besonderen. In einer pluralen Gesellschaft muss so der Staat ein Interesse daran haben, dass jeder seinen Weg findet, um zur ausgeglichenen und in sich ruhenden Persönlichkeit zu werden. Schon aus diesem Grund hat die Gesellschaft jedes Interesse daran, den Einzelnen auch religiös fortzubilden.

– *Wissen um Religion gehört zum kulturellen Grundwissen:* Das Wissen über Re-

Weiterführende Literatur:

Otmar Jung, Direkte Demokratie in Berlin, Der Fall „Pro Reli“ 2007–2009, Berlin 2011. Eine umfassende Darstellung der gesamten Kampagne sowie Analyse unter politikwissenschaftlichen Gesichtspunkten.

ligion und religiöse Unterschiede ist in unserer Gesellschaft zum Teil erschreckend gering. Über viele persönliche Gesprächserlebnisse könnte ich hier berichten, in denen mir ansonsten hervorragend ausgebildete Menschen nicht einmal ansatzweise erklären konnten, welche Grundunterschiede zwischen den christlichen Konfessionen oder diesen und anderen Religionen bestehen. Die Kenntnisse über andere Religionen, insbesondere von Islam und Judentum, sind meist nicht einmal rudimentär vorhanden. Verantwortet zu glauben setzt voraus zu wissen, woran man glaubt, aber auch, was den eigenen Glauben von anderen Überzeugungen unterscheidet.

4 Nachwirkung

Nach etwas mehr als zehn Jahren stellt sich die Frage, ob uns diese Initiative heute noch etwas zu sagen hat. Ich meine ja!

4.1 Innere Wirkung

Es ist uns gelungen, im Rahmen der Unterschriftensammlung Menschen dazu zu bewegen, für ein religiöses Thema auf die Straße zu gehen. Dies war für viele eine völlig neue Erfahrung, auf der Straße zu stehen, Unterschriften zu sammeln und sich dabei mitunter sogar beschimpfen zu lassen, und zwar letztlich für eine Handlung aus innerer Glaubensüberzeugung. Am Ende jedoch waren viele stolz auf das, was sie gemacht hatten. Das hat nachgewirkt.

Eine evangelische Religionslehrerin erzählte mir gegen Ende der Initiative, welch schönes ökumenisches Erlebnis es für sie gewesen sei, gemeinsam mit ihren

katholischen Mitchristen etwas unternommen zu haben, ohne dass es gleich um unterschiedliche Sakramentsverständnisse gegangen sei. Es war dies ein Schritt von der Ökumene des sich Betrachtens hin zu einer Ökumene des gemeinsamen Handelns – für viele ein echter Perspektivwechsel.

4.2 Äußere Wirkung

Die Anzahl der am Religionsunterricht Teilnehmenden hat zwar in den letzten Jahren abgenommen, allerdings nur sehr gering. Nach Einschätzung eines Vertreters der katholischen Kirche in Berlin mag dies auch daran gelegen haben, dass den Eltern und Schülern die Bedeutung des Religionsunterrichts vor Augen geführt wurde. Wenn sich schon die ganze Stadt darum streitet, kann der Religionsunterricht nicht so ganz belanglos sein.

Viele Menschen in der Stadt haben zum ersten Mal erlebt, dass die Frage nach Gott in die Mitte einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung gestellt wurde. Bei der Anhörung im Abgeordnetenhaus vom 22. Mai 2008 äußerte sich ein Vertreter des Humanistischen Verbands Deutschland in Bezug auf den Lehrplan der evangelischen Kirche. Danach sollen die Schüler lernen, die Frage nach Gott zu stellen. Er meinte: „Es mag in Regionen, z.B. im Süden Deutschlands, noch üblich sein, dass man ein solches Lernziel in der öffentlichen Schule nicht besonders in Frage stellt. Aber in einer aufgeklärten, liberalen und mehrheitlich säkular orientierten Stadt wie Berlin kann ein solches Lernziel doch nicht ernsthaft Teil des staatlichen Curriculums sein.“¹⁰ Deutlicher kann man den Unterschied zu unserer Kampagne gar nicht machen: Die Frage

¹⁰ Abgeordnetenhaus von Berlin, 16. Wahlperiode Wortprotokoll BildJugFam 16 / 24 vom 22. Mai 2008, 8.

nach Gott ist eine urmenschliche Frage, sie aus der Bildung zu verdrängen, wäre nicht nur kulturell ein Armutszeugnis, Unterricht ohne diese Frage würde einem ganzheitlichen Bildungsideal nicht gerecht.

Das Verhältnis von Kirche und Staat hat sich in Berlin und Brandenburg eher verbessert. Die Kirchen wurden als gesellschaftlich relevant wahrgenommen, das kirchliche Milieu als eines, das gegebenenfalls für seine Interessen genauso kämpfen kann wie andere soziale Gruppen. Das jedoch ist in einer Demokratie wichtig. Immerhin ist Demokratie die ständige Auseinandersetzung mit Meinungen; ein Beharren auf tradierten Rechten und Pflichten hilft auf lange Sicht nichts. Vielleicht mag es ein Zufall sein: Als die Bundesregierung mit den Ministerpräsidenten während der Corona-Krise in einem gemeinsamen Papier ausdrücklich ein Verbot des Abhaltens von Gottesdiensten aussprach (was in diesem Kontext ziemlich eindeutig verfassungswidrig gewesen sein dürfte), wurde dies von Berlin und Brandenburg so nicht umgesetzt. Vielleicht hat man einfach Respekt vor der gesellschaftlichen Kraft der Kirchen. Die Kirchen haben sich dennoch an die allgemeinen Regelungen für Versammlungen gehalten.

5 Ausblick

In der Sache hat die Debatte einen gesellschaftlichen Grunddissens offenbart: Leben wir in einer Gesellschaft, die mit Pluralität nicht nur umgeht, sondern sie fördert? Streben wir eine bedingungslose Harmonie an oder leben wir mit den unterschiedlichen Lebensentwürfen, ja fördern sie gar?

Der Staat hat die Rahmenbedingungen gesellschaftlichen Zusammenlebens zu garantieren. Dabei hat er nicht nur ein kon-

fliktfreies Miteinander zu ermöglichen, er hat auch die Grundbedürfnisse der Menschen zu fördern. Zu diesen gehört wesentlich die religiöse Frage, die Frage nach Gott. Diese darf der Staat nicht selbst beantworten, er würde sich damit an die Stelle des obersten Wertvermittlers setzen, die ihm nicht zusteht. Lediglich den Rahmen kann er setzen. Ein staatlicherseits verpflichtendes Fach Ethik, in dem gezielt Werte vermittelt werden sollen, steht immer in der Gefahr dieser Übergriffigkeit. In keinem Fall kann es leisten, was es will: weltanschaulich neutral zu bleiben und gleichzeitig einen echten Beitrag zur Wertebildung der Schüler zu leisten.

Ich meine daher, dass die Berliner Lösung nicht die letzte Antwort ist. Letztlich wird eine von den Grundfragen menschlicher Existenz losgelöste Ethik immer ihre Schwächen haben, zumal wenn sie vom Staat vermittelt wird. Freilich ist das Aushalten von Unterschieden, die Förderung der Herausbildung unterschiedlicher Überzeugungen immer das größere Wagnis. Dies jedoch liegt in der Natur einer freien Gesellschaft. Und nur diese Freiheit bringt eine Gesellschaft wirklich voran.

Der Autor: *Christoph Lehmann, geboren 1961 in Berlin, Studium der Rechtswissenschaft an der Freien Universität Berlin, der Université de Genève und der University of Texas at Austin, Referendariat in Berlin, 1989 Promotion zum Dr. iur., seit 1990 Rechtsanwalt zunächst in Hamburg, ab 1992 in Berlin, seit 1996 auch als Notar zugelassen; in verschiedenen parteipolitischen Funktionen aktiv sowie Justitiar der CDU Berlin; im Erzbistum Berlin unter anderem im Diözesanvermögensverwaltungsrat und im Diözesanrat tätig; ferner stellvertretender Bundesvorsitzender der Katholischen Elternschaft Deutschlands.*